

6. Januar 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Neben den Corona-Beschlüssen vom Abend geht es später um den kritischen Fragenkatalog zur Impfstrategie, den die SPD an Bundesgesundheitsminister Spahn gerichtet hat und der einiges Kopfschütteln hervorruft.



Berlins Regierender Bürgermeister Müller (SPD), Kanzlerin Merkel (CDU), Bayerns Ministerpräsident Söder (CSU) bei der Pressekonferenz nach den Beschlüssen. (picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Michael Kappeler)

Die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** ist von der Verschärfung der Schutzmaßnahmen gar nicht überzeugt: „Seit vielen Wochen quält sich das Land durch den Lockdown, bei vielen Menschen liegen die Nerven blank. Da wäre eine Geste der Besonnenheit vonseiten der Politik ein gutes Signal gewesen. Kurs halten, Ruhe bewahren. Wegen der Feiertage sind die aktuellen Daten zum Infektionsgeschehen kaum aussagekräftig. Als Argument für baldige Lockerungen taugen sie deshalb nicht. Als Argument für drastische Verschärfungen aber ebenso wenig. Die weiteren Einschränkungen von Kontakten und Bewegungsfreiheit wirken deshalb aktionistisch statt besonnen“, urteilt die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**.

Kritik kommt auch vom **SPIEGEL**. „Genug improvisiert“ titelt das Magazin in seiner Online-Ausgabe: „Weil wir diese Pandemie nicht durch solidarisches Handeln und den Einsatz moderner Technik unter Kontrolle bekommen und gehalten haben, ist der Impfstoff das einzig verbliebene, zentrale Instrument. Deshalb muss alles, wirklich alles getan werden, um das Impfen zu beschleunigen. Koste es, was es wolle“, fordert **DER SPIEGEL**. Explizit bemängelt er die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Menschen in Kommunen jenseits einer 200er-Inzidenz auf 15 Kilometer um den Wohnsitz herum: „Wetten, dass die Maßnahme der Aufreger werden wird? Wir werden uns über Radien streiten. Das ist komplett sinnlos. Ein 15-Kilometer-Radius auf dem Land ist etwas anderes als einer in der Großstadt. 15 Kilometer im Landkreis Uckermark entsprechen wahrscheinlich 15 Metern in

Berlin.“

Der **KÖLNER STADT-ANZEIGER** findet die Verschärfung des Lockdowns indes richtig: „Die Pandemie interessiert sich nicht für unsere bürgerlichen Freiheiten. Und so geschieht etwas, was den meisten bis vor kurzem undenkbar schien: Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin haben sich auf eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit verständigt – mit Ausnahmen nur aus triftigen Gründen. Tagestouristische Ausflüge beispielsweise, die über den genannten Radius hinausgehen, sind damit untersagt. Es ist ein harter Eingriff, wie er in einer demokratischen, freiheitlichen Gesellschaft nur im absoluten Ausnahmefall vorkommen darf. Angesichts einer Pandemie, die in Teilen Deutschlands immer weiter außer Kontrolle zu geraten droht, ist es legitim“, meint der **KÖLNER STADT-ANZEIGER** – nicht ohne mahnend anzufügen: „Gleichzeitig muss ein solcher Schritt das äußerste Mittel bleiben.“

„Schon heute ist abzusehen, dass die Pandemie auch 2021 viele Existenzen ruinieren wird,“ schreibt die **HESSISCHE NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE** aus Kassel: „Das wird der Preis sein – auch der Verlängerung dieses Lockdowns im Januar. Die Politik hat entschieden, dass er gezahlt werden muss. Die Begründung sollte auch jedem ‚Querdenker‘ einleuchten: um so viele Leben wie möglich zu retten. Allein darum geht es.“

Die **NÜRNBERGER ZEITUNG** beobachtet: „Deutschland steht jetzt an einem Machenden Punkt, weil die Kurve wieder nach unten tendiert. Noch sind die Zahlen bei weitem zu hoch. Also kommen Lockerungen jetzt nicht in Frage. Aber Verschärfungen? Es muss ja nicht gleich eine bundesweite Einschränkung des Bewegungsradius sein. Aber als Rezept für Hotspots und als Drohung für alle anderen taugt es.“

„Ja, es ist richtig, den Lockdown jetzt zu verlängern und zu verschärfen“, kommentiert **ZEIT ONLINE**: „Aber es ist auch schrecklich falsch. Richtig ist es, weil die Zahlen endlich runter müssen, schnell und drastisch. Falsch ist die Entscheidung, weil pauschale Lockdowns und erst recht Ausgangssperren die schlechteste Art der Pandemiebekämpfung sind – das letzte Mittel einer Politik, die sich nicht mehr anders zu helfen weiß. Die epidemiologische Notsituation, die Alternativlosigkeit, mit der die Politik nun die scharfen Einschränkungen begründen kann, hat sie selbst zu verantworten.“

„Wir leben in einer Zeit der Ungewissheit,“ konstatiert die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** „Aber eines ist klar: An feste Termine für ein Ende des Lockdowns glaubt niemand mehr. Die Alternative lautet leider ganz anders: Wir gestehen uns ein, was der allgegenwärtige Karl Lauterbach als einer der Ersten offen ausgesprochen hat: Es muss weitgehend dichtgemacht werden, bis die Infektionszahlen unter eine zumutbare Grenze gesunken sind.“



Die Nachrichten



„Eigentlich sollten sich die Politiker und Politikerinnen den Gehirnen zu bedienen und Disziplin selbst zu Herzen nehmen. Kleinlaut, verzagt und zänkisch, das ist der Eindruck, den das politische Spitzenpersonal am Beginn dieses Jahres macht.“

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** führt aus: „Wer dorthin schaut, wo derzeit täglich

Menschen sterben, auf die Intensivstationen, weiß genau, dass es zuvorderst um eines geht: nicht endgültig die Kontrolle zu verlieren. Das bedeutet mitnichten, dass die Einschränkungen harmlos wären. Sie sind eine Qual; sie treffen viele Menschen. Ob Künstler oder Geschäftsleute, Restaurantbetreiber oder ihre jeweiligen Mitarbeiter, ob Kinder, die Alleinerziehenden, Familien – für sie alle ist diese Pandemie nicht selten eine existenzielle Gefahr geworden. Das muss jeden Tag neu gewürdigt werden. Allein: Genau das geschieht zu wenig. Zu Beginn der Krise nutzte Angela Merkel das Instrument einer Fernsehansprache. Sie war nah, sie bemühte sich, Empathie zu zeigen. Die Wirkung war enorm, die Zustimmung groß. Seither hat es Vergleichbares kaum mehr gegeben. Doch statt einen neuen Versuch zu starten, hat die Koalition sich auf etwas anderes besonnen: Zank und Streit. Ausgerechnet der Beginn des Impfens wurde zum Anlass gegenseitiger Schuldzuweisung“, ist bei der **SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG** zu lesen.

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE** schaut bei dem Thema näher auf die SPD, die mehrere Seiten mit kritischen Fragen zur Impfstrategie an Jens Spahn gerichtet hat: „Von guten Vorsätzen kann zu Beginn dieses Jahres wahrlich nicht die Rede sein. Die SPD marschiert im Augenblick höchster Corona-Not in den Wahlkampf und nimmt den Bundesgesundheitsminister in die Mangel. Die Fragen, die ihm ihre Ministerpräsidenten in Sachen ‚Impfdesaster‘ stellen, müsste eigentlich jede Staatskanzlei, die etwas auf sich hält, längst beantwortet haben. Dass die SPD-Regierungschefs stattdessen eine verunsicherte Öffentlichkeit wählen, um Antworten zu finden, ist beispiellos. Folgt nun die SPD-Fraktion mit dem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss? Dass sich der Bundesfinanzminister an diesem Spiel beteiligt, erklärt sich nicht mit Verantwortungsgefühl, sondern allein mit seiner Kanzlerkandidatur.“ Das war die **FRANKFURTER ALLGEMEINE**.

„Olaf Scholz ist Finanzminister und Vizekanzler einer Koalition, in der es genau jetzt auf geschlossenes und entschlossenes Handeln ankäme“, befindet die **ALLGEMEINE ZEITUNG** aus Mainz: „Wenn Scholz nach möglichen Versäumnissen fragt, dann muss er auch an seine eigene Partei Briefe schreiben.“

DIE WELT vertritt folgenden Standpunkt: „Der Scholz-Katalog ist eine Anklageschrift, darüber können auch die Fragezeichen an den Satzenden nicht hinwegtäuschen. Als Deutschland noch als Musterschüler bei der Corona-Bekämpfung galt, konnte die SPD – inklusive der einstigen Anti-Groko-Anführer Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans – nicht oft genug betonen, wie gut es mit der Union laufe. Es war ein bisschen wie bei Parship: Alle elf Minuten verliebt sich ein Sozialdemokrat in die große Koalition. Nun, wo immer mehr Fehler offenbar werden, will die SPD mit dem Krisenmanagement nichts mehr zu tun haben“, hält **DIE WELT** fest.

Die **MÄRKISCHE ODERZEITUNG** aus Frankfurt (Oder) wirft ein: „Der Wahlkampf für das Superwahljahr mit Entscheidungen in sechs Ländern und dem Bund ist damit eröffnet, und auch das Thema ist gesetzt: Corona und der Umgang mit der Krise. Aus der SPD-Sicht erscheint es sinnvoll, Spahn zu attackieren, der ja manchen als potenzieller Überraschungs-Kanzlerkandidat gilt.“